

## Kommunalwahlprogramm 2014

### ***Eine andere Kommunalpolitik ist möglich!***

*In den Städten, Gemeinden und Kreisen bündeln sich die gesellschaftlichen Probleme wie in einem Brennglas.*

*Hier finden die Folgen von Hartz IV, Gesundheits- und Rentenreformen ihr ganz konkretes Schicksal.*

*Wir spüren tagtäglich, wohin eine sozial ungerechte und unausgewogene Politik führt. Das Desaster der kommunalen Finanzen ist politisch gewollt.*

*Die Unternehmens- und Einkommenssteuern der Reichen wurden von den neoliberalen Parteien planmäßig gesenkt und es wurden die Weichen für den Rückzug des Staates aus allen Bereichen der sozialen Daseinsvorsorge gestellt.*

*Von der Umverteilung, die die SPD vor der Wahl gefordert hatte, ist in der Großen Koalition nichts übrig geblieben. Die Reichen brauchen sich weiterhin keine Sorgen zu machen, von ihnen will diese Koalition gar kein weiteres Geld.*

*Über die defizitären Haushalte wird ein ständiger Druck auf die Kommunen ausgeübt, kommunale Einrichtungen zu privatisieren, soziale Aufgaben zu reduzieren und den Personalbestand der Kommunen sowie „freiwillige Leistungen“ abzubauen, um so die Gesellschaft nach dem neoliberalen Leitbild „Eigennutz statt Gemeinwohl“ umzubauen.*

*Dass viel zu wenig Geld im kommunalen Topf vorhanden ist führt dazu, dass immer mehr Kommunen im Kreis gegen die Kreisumlage aufbegehren.*

*Der Kreis ist aber der falsche Ansprechpartner: Bund und Länder sind hier gefordert, durch höhere Steuereinnahmen von Reichen, die Kommunen in die Lage zu versetzen ihren Aufgaben gerecht zu werden.*

*DIE LINKE ist angetreten, sich nicht mit den aufgezwungenen Spar- und Sachzwängen abzufinden, sondern Alternativen für eine soziale und damit gerechte Politik aufzuzeigen.*

### **Arbeitsplätze schaffen und Armut bekämpfen**

Die massenhafte Erwerbslosigkeit ist nicht das Ergebnis persönlichen Verschuldens sondern Ausdruck der vorherrschenden Wirtschaftspolitik.

Auch im Kreis Soest sind immer mehr Menschen von Arbeitslosigkeit betroffen. Immer mehr zu Niedriglöhnen arbeitende Menschen sind gezwungen mit Hartz IV aufzustocken.

DIE LINKE nimmt die menschenunwürdige Behandlung von Erwerbslosen, benachteiligten Mitbürgerinnen und Mitbürgern sowie vor allem die schändliche Behandlung ihrer Kinder nicht hin.

Dafür setzen wir uns ein:

- Das sofortige Aussetzen der menschenverachtenden Sanktionspraxis der Jobcenter: Wer bis unter das Existenzminimum kürzt, verstößt gegen die Menschenwürde.
- Schluss mit Zwangsumzügen und der Drangsalierung von ALG II EmpfängerInnen. Wegen Mieterhöhungen darf kein Betroffener seine Wohnung verlieren.
- Wohn- und Nebenkosten sind voll zu übernehmen! Es muss verhindert werden, dass eine Differenz zur tatsächlichen Miete aus dem Regelsatz bestritten werden muss.

- ALG II EmpfängerInnen sind umfassend über ihre Chancen, Möglichkeiten und Rechte zu informieren.
- Unabhängige Beratungsstellen sind einzurichten und zu fördern.
- Einrichtung einer Ombudsstelle für Beschwerden gegen die ARGE.
- Abschaffung der 1-Euro-Jobs, Kombilohn-Stellen und Bürgerarbeit, stattdessen Umwandlung in sozialversicherungspflichtige Stellen.
- Abstimmung einer ökologisch und sozial ausgerichteten Wirtschafts- und Strukturpolitik mit allen Städten und Gemeinden im Kreis Soest unter Beteiligung aller gesellschaftlichen Kräfte.
- Förderung von Betrieben bzw. Auftragsvergabe durch die öffentliche Hand müssen an Tarifverträge und sozialrechtliche Bestimmungen gekoppelt werden.
- Erstellung eines jährlichen Armutsberichts für den Kreis Soest, um auf dieser Grundlage Maßnahmen gegen die zunehmende Ausgrenzung zu entwickeln.
- Einführung eines kreisweiten Sozialpasses. Kostenloser Zugang zu allen kommunalen Einrichtungen (Schwimmbäder, Theater, Büchereien) für Menschen mit Einkommen unterhalb des Pfändungsfreibetrages.
- Einführung eines kreisweiten Sozialtickets für den ÖPNV.

### **Bildung für alle**

Für DIE LINKE ist Bildung ein das gesamte Leben beeinflussender Faktor. Der Zugang zu Bildungsangeboten muss daher unabhängig von der sozialen oder nationalen Herkunft oder dem Portemonnaie für jede und jeden unter gleichen Bedingungen ermöglicht werden!

Von der sich weiter vertiefenden Kluft in unserer Gesellschaft gehen akute Gefahren für den inneren Frieden, die Humanität und die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft aus. Für Kinder und Jugendliche führt diese gesellschaftliche Entwicklung zu einem Mangel an Bildung, Gesundheit, Mobilität, Freizeitgestaltungsmöglichkeiten und Kultur.

Der Kreis Soest muss seine Verantwortung wahrnehmen und seine Handlungsspielräume nutzen.

Dafür setzen wir uns ein:

- Für ein inklusives, bedarfsgerechtes und qualitativ hochwertiges Ganztagsbildungs- und betreuungsangebot.
- Mehr qualifizierte Lehrer/innen, Integrationshelfer/innen und Schulsozialarbeiter/innen.
- Den Erhalt schulpsychologischer Dienste und integrativer Maßnahmen an Schulen.
- Jedes Kind, welches auf eine Gesamtschule möchte, muss einen Platz bekommen!
- Die flächendeckende Einrichtung von Ganztags Gesamtschulen im Kreis Soest.
- Kleinere Klassen und bessere Förderung statt Schulschließungen!
- DIE LINKE will die Gründung von Ganztags Gesamtschulen, mit der Möglichkeit das Abitur zu machen, statt der Einrichtung von Restschulen (Sekundarschulen).
- Für SchülerInnen kostenlose Ausstattung mit den notwendigen Schulmaterialien. Dies ist eine Grundvoraussetzung für das Recht auf Bildung und für eine erfolgreiche Teilnahme am Unterricht. Auch außerschulische Bildung, sportliche und kulturelle Aktivitäten sollen übernommen werden.
- Ausbau der offenen Jugendarbeit und der außerschulischen Bildungsarbeit.
- Ausstattung der Schulen mit bedarfsgerechten Freizeiträumen und Cafeterias.
- Kostenloses Schul- und Kita-Essen.
- Bedarfsdeckendes, flächendeckendes und qualitatives Angebot an Kita-Plätzen U3 und

darüber.

- Mehr qualifiziertes Personal für Kindertagesstätten.
- Abschaffung der Elternbeiträge.
- Ausbau und Verbesserung der Kinderbetreuung sowie kostenlose Hausaufgabenhilfe.

### **Jugend braucht Zukunft**

Der von den etablierten Parteien betriebene Sozialabbau minimiert die Zukunftschancen der heranwachsenden Generationen und gefährdet die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Kinder sind inzwischen ein Armutsrisiko geworden. Bildung wird zu einer Frage des Einkommens der Eltern. Bezahlbare Freizeitmöglichkeiten werden zunehmend eingeschränkt. Der Kreis Soest sollte über seinem Bedarf ausbilden um damit mehr jungen Menschen gute Ausbildungsplätze anzubieten.

DIE LINKE setzt sich ein für:

- Reale Mitwirkungsmöglichkeiten der Jugendlichen, insbesondere in den Bereichen Bildung und Kulturpolitik.
  - Verbleib der Schulen und Bildungseinrichtungen in öffentlicher Trägerschaft.
- Marketingmaßnahmen und Werbung privater Unternehmen haben an oder in Bildungseinrichtungen nichts zu suchen!
- Förderung von Jugend- und Sozialbüros.
  - Dauerhafte Sicherung der Arbeit von Jugendeinrichtungen.
  - Förderung von Jugendzentren und Jugendcafés in jeder Stadt und Gemeinde.
  - Bereitstellung von Raum für sportliche Freizeitaktivitäten (z.B. Skaten, Tennis...).
  - Streetworking statt Polizeipräsenz an Jugendtreffpunkten.
  - Förderung von Diskobussen.
  - Finanziell und personell ausreichend ausgestattete Jugendhilfe.

### **Gegen die Privatisierung öffentlicher Einrichtungen**

Eine Übertragung der öffentlichen Daseinsvorsorge auf private Unternehmen wird von uns abgelehnt.

Seit Beginn der Privatisierungswelle öffentlicher Unternehmen werden Arbeitsplätze abgebaut, der Druck auf Löhne und Arbeitsbedingungen von Beschäftigten und die Schaffung prekärer Niedriglohnjobs nehmen zu. Geringere Versorgungssicherheit, Verschlechterung der Qualität und höhere Preise (z.B. im Energiebereich) sind die für alle BürgerInnen direkt spürbaren Folgen.

Deshalb setzt sich DIE LINKE für den Erhalt leistungsfähiger und bürgernaher öffentlicher Daseinsvorsorge ein. Gesundheit, Bildung, Wohnung, Kultur, Trink-Wasser und Nahrungssicherheit sind keine Ware sondern Menschenrecht.

Dafür stehen wir:

- Keine (Teil-) Privatisierungen, denn kreiseigene Betriebe sind Eigentum der Bürgerinnen und Bürger und nicht der gewählten VertreterInnen.
- Keine weitere Zerschlagung bewährter Betriebsstrukturen, kein Outsourcing.
- Keine „Public-Private-Partnership“ Projekte wie bei der Rettungsleitstelle, keine Cross-Boarder-Leasing Verträge.

- Rückkauf bereits privatisierter Einrichtungen und Betriebe.

### **Kreisfinanzen**

Um handlungsfähig zu bleiben und den Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge gerecht zu werden, benötigen der Kreis, seine Städte und Gemeinden ausreichend finanzielle Mittel. Für DIE LINKE sind dabei zwei Maßnahmen wesentlich: Zum einen die Reform der Kreisfinanzen mit einer ausgleichenden und gerechten Kreisumlage. Zum anderen eine grundlegende Korrektur der Steuerpolitik des Bundes, die sich endlich traut, die Reichen stärker zu beteiligen.

Insbesondere durch Erhöhung des Spitzensteuersatzes, Vermögensabgabe und Millionärssteuer. Die Gewerbesteuerumlage an Bund und Land muss abgeschafft werden, damit das Geld aus den Gewerbesteuern im Kreis bleibt.

Die Kosten von Kita-Ausbau, Inklusion, Behinderteneingliederung, Hartz IV und Sozialhilfe sind von Bund und Land zu tragen.

Dafür setzen wir uns ein:

- Demokratische Kontroll- und Steuerungsmöglichkeiten der kreiseigenen Einrichtungen.
- Kein Ausverkauf von kreiseigenem Eigentum zur Schließung von Haushaltslücken.
- Kein Sozial- und Personalabbau.

### **Ein gläsernes Kreishaus**

Bei vielen Entscheidungen zu gesellschaftlichen Bereichen unseres Kreises fehlen die Transparenz und die Möglichkeit zur Mitentscheidung. Direkte Demokratie, Mitbestimmung der BürgerInnen und die Transparenz der politischen Diskussions- und Entscheidungsprozesse sind ein wesentliches Anliegen unserer Partei. Frühzeitige Einbindung der Politik, nicht viel zu spät wie bei der Legionellenkrise in Warstein.

Dafür setzen wir uns ein:

- Direktere Beteiligung der BürgerInnen an Entscheidungsprozessen, beispielsweise durch Bürgerentscheide.
- Erleichterung des vorbereitenden Verfahrens bei BürgerInnenbegehren und EinwohnerInnenanträgen.
- Begrenzung des Öffentlichkeitsausschlusses bei Kreistags- und Ausschusssitzungen auf zwingend vorgeschriebene Ausnahmefälle wie Personalangelegenheiten.
- Einrichtung von Bürgerbüros in allen Städten und Gemeinden des Kreises.

### **Die Verkehrswende vor Ort einleiten**

Die herrschende Verkehrspolitik ist sozial unverträglich. Schlechte Luft und Lärm senken die Lebensqualität vieler Bürgerinnen und Bürger und auch ihre Lebenserwartung.

DIE LINKE fordert:

- Zügigen barrierefreien Ausbau der Bahnhöfe als Fahrrad-, Reise- und Informationszentrum.
- Schaffung und Aufbau eines sicheren und zügig befahrbaren Radwegenetzes.
- Umbau stark befahrener Ampelkreuzungen in Kreisverkehre.

- Ausbau des Nachtbusangebots.
- Einführung eines Sozialtickets im öffentlichen Personennahverkehr.
- Einrichtung und Förderung von Fahrgastbeiräten.
- Flächendeckender barrierefreier Ausbau der Buslinien.

### **Global denken – lokal handeln**

Jedes kommunalpolitische Handeln muss konsequent auf Umweltschutz und Nachhaltigkeit hin überprüft werden: Bei Verkehrsplanung, Industrie- und Gewerbeansiedlung, Flächen- und Landschaftsverbrauch, Energieversorgung, Abfall- und Wasserwirtschaft, im kommunalen Beschaffungswesen und bei öffentlichen Immobilien.

DIE LINKE setzt sich ein für:

- Anschaffung von ökologisch sinnvollen Fahrzeugen für den Kreisfuhrpark und Umrüstung von Altfahrzeugen orientiert am Stand der Technik.
- Förderungen von Anlagen zur Stromerzeugung aus regenerativer Energie an geeigneten Stellen.
- Energiesparmaßnahmen und Wärmedämmung bei allen Kreisimmobilien.
- Nachhaltige Förderung von Landschafts- und Naturschutzmaßnahmen.
- Die Entwicklung einer kostenlosen kreisweiten Sperrmüllentsorgung.
- Günstige Gestaltung der Abfallgebühren für Privathaushalte.
- Für ein Verbot von Fracking.
- Für das Verbot von genmanipuliertem Saatgut.

### **Kultur und Information für alle**

Diese Forderung ist heute aktueller denn je, da längst nicht mehr alle Menschen an der Gesellschaft teilhaben können. Dabei ist Kultur ein Stück Lebensqualität, das für alle Menschen gleichermaßen erreichbar sein muss. Ein breites kulturelles Angebot und die Teilhabe an der Informationsgesellschaft tragen zur Demokratie bei und regen die Menschen an, ihre Kreativität, ihre Wertbilder und Denkmuster zu entfalten.

Kultur darf dabei nicht dem marktwirtschaftlichen Prinzip untergeordnet werden.

Dafür setzen wir uns ein:

- Bestehende kulturelle Einrichtungen müssen erhalten bleiben.
- Erarbeitung eines "Kulturentwicklungsplans" mit den Kulturschaffenden.
- Förderung nichtkommerzieller Kultur "von unten" und aus der Region.
- Bürgerzentren in allen größeren Orten des Kreises, damit ehrenamtliches und politisches Engagement nicht an den Kosten für Raummieten scheitert.
- Kostenlose Internetzugänge in öffentlichen Einrichtungen (z.B. Büchereien, Jugendeinrichtungen, Schulen und Verwaltungen).
- Förderung des Ausbaus der DSL-Netze in den ländlichen Gebieten.

### **Mehr Frauenrechte in der Kommunalpolitik verankern**

Auch im Kreis Soest ist die Geschlechterdemokratie, also die gerechte Teilhabe an Arbeits- und Lebensbedingungen, bislang nicht erreicht. Es fehlen die politischen und wirtschaftlichen

Rahmenbedingungen für ein selbstbestimmtes Leben von Frauen.

Frauen sind überdurchschnittlich von Erwerbslosigkeit sowie von ungerechter Bewertung und Bezahlung ihrer Arbeit betroffen. Das gilt vor allem für die sogenannten prekären Beschäftigungsverhältnisse.

Dafür setzen wir uns ein:

- Keine finanziellen Einsparungen der öffentlichen Kassen zu Lasten von Frauen.
- Ausbau statt Kürzung von Frauenförderprogrammen.
- Unabhängige Frauenprojekte stärken und erweitern.

### **Die Würde des Menschen ist unantastbar, auch im Alter**

Bis zum Jahre 2020 wird der Anteil der über 60-jährigen auf über ein Drittel anwachsen. Eine wachsende Zahl von älteren Menschen ist von Altersarmut bedroht. DIE LINKE unterstützt den Widerstand gegen jede Form von Altersdiskriminierung und stellt gesellschaftliche Verhältnisse in Frage, die ein menschenwürdiges Leben im Alter nicht gewährleisten.

Dafür setzen wir uns ein:

- Ein bedarfs-, flächen- und qualitätsdeckendes Angebot an Informations- und Beratungsstellen bei eintretender Hilfs- oder Pflegebedürftigkeit begleitet von kompetenter Unterstützung und Assistenzleistung zur Bewältigung des Alltags.
- Verstärkung der Kreisaufsicht über Pflegeeinrichtungen.
- Das Recht der Betroffenen auf eine ihren Bedürfnissen entsprechende Wohnung.
- Im Bedarfsfall auf Angebote für betreutes Wohnen und Pflege. In der Wohnumwelt soll Selbstständigkeit und Unabhängigkeit erhalten bleiben.
- Weiterbildungskonzepte auch für ältere Menschen.

### **Interkulturelle Solidarität und Migration**

Millionen MitbürgerInnen sind vom politischen Leben ausgeschlossen, weil sie keine deutsche oder EU-Staatsangehörigkeit besitzen. Eine demokratische Gesellschaft kann dies nicht dulden. DIE LINKE will jedem Menschen dort politische Rechte gewähren, wo sein Lebensmittelpunkt ist.

Unser Engagement gilt zudem dem menschenwürdigen Umgang mit Flüchtlingen und der Bekämpfung aller Formen von Rassismus.

Dafür setzen wir uns ein:

- Förderung interkultureller Kompetenzen an den Schulen.
- Kommunales Wahlrecht unabhängig von der Staatsangehörigkeit und langfristig ein volles Wahlrecht auf allen Ebenen.
- Aufhebung des Arbeitsverbots für Flüchtlinge und AsylbewerberInnen.
- Unterstützung von Einbürgerungswilligen beim Verfahren.
- Unterstützung der Selbstorganisation von MigrantInnen.
- Beendigung der Abschiebung von Flüchtlingen.
- Einrichtung einer Antidiskriminierungsstelle.

### **Kreis Soest bunt statt braun!**

Sei es die Frage nach der inhaltlichen Stellungnahme zu Nazi-Aufmärschen, der Auseinandersetzung mit Vertretern rechtsextremer Parteien in den Parlamenten oder die Frage nach dem Umgang mit rechter Gewalt auf der Straße. Die Kommunalpolitik ist immer gezwungen, sich mit den braunen Umtrieben auseinanderzusetzen.

Wir setzen uns für eine Bekämpfung rechtsextremer Inhalte und für den Aufbau einer antifaschistischen Grundhaltung ein. Dabei ist uns bewusst, dass Neofaschismus und Intoleranz sehr häufig aus der Mitte der Gesellschaft kommen.

Dafür setzen wir uns ein:

- Eine klare antifaschistische Ausrichtung der kommunalen Bildungs-, Jugend- und Sozialarbeit.
- Die Einrichtung einer "Geschichtswerkstatt".
- Die Bereitstellung finanzieller Mittel im Kreishaushalt für Programme, Verbände und Vereine, die sich für die Ächtung von Gewalt und Intoleranz einsetzen.

### **Gegen jeden Krieg, für radikale Abrüstung!**

Auch in Zukunft wenden wir uns dagegen, dass unser Land unter Verstoß des Friedensgebots des Grundgesetzes (Artikel 26) als Aufmarschgebiet, Drehscheibe und Nachschubbasis für Kriegseinsätze missbraucht wird.

Wir wollen keine deutschen Kriegseinsätze und keine Militärmacht Europa, sondern radikale Abrüstung für Arbeit, Umwelt, soziale Gerechtigkeit, Entwicklung und nicht zuletzt zu Gunsten einer Sanierung der Kommunalfinanzen.

Wir setzen uns dafür ein:

- Förderung des Beitritts der Städte und Gemeinden des Kreises zur Bewegung „Cities for Peace“ (Städte für den Frieden).
- Förderung des gesellschaftlichen Engagements für Frieden und Gerechtigkeit.
- Stopp der Werbung für die Bundeswehr in kommunalen Einrichtungen, in Arbeitsämtern und Schulen.
- Beendigung der zivil-militärischen Zusammenarbeit.

### **Inklusion und gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen**

Die barrierefreie Einbeziehung von Menschen mit Behinderungen in alle gesellschaftlichen Aspekte des Lebens ist für DIE LINKE ein wichtiges Anliegen. Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) betrifft nicht nur die Schulpolitik, sondern auch die Bereiche Kultur, Verkehr und Stadtentwicklung.

Inklusion gibt es nicht zum Nulltarif und darf auch nicht als Sparmöglichkeit angesehen werden. Deshalb ist es falsch Förderschulen zu schließen und die Schülerinnen und Schüler in den Regelschulen sich selbst zu überlassen.

Um Einblicke in die Lebenswirklichkeit von Schülerinnen und Schülern mit Behinderungen und deren Erfahrungen mit den ersten Schritten zur Umsetzung der UN-BRK zu erhalten, wurden gemeinsam mit der LWL Fraktion zwei Fraktionssitzungen in der Soester Schule für

Blinde und Sehbehinderte abgehalten. Dort kam es zu einem lebhaften Austausch von Erwartungen, Überzeugungen und konkreten Erfahrungen von Betroffenen, wobei insbesondere die Schilderungen von SchülerInnen auch ein Überdenken der eigenen Position innerhalb der Fraktion initiierte.

Dieser Austausch mit den Betroffenen führte dazu, dass die Mitglieder der Fraktion zwar nicht das Ziel 'Inklusion', wohl aber den eingeschlagenen Weg, insbesondere unter den gegebenen Bedingungen einer von Neoliberalismus und Sparzwängen geprägten Politik, zunehmend kritisch betrachteten. So rückten wir von anfänglich idealistisch aufgestellten Forderungen wie dem sofortigen Schließen der Förderschulen wieder ab.

Es wurde deutlich, dass der Kampf um 'echte' Inklusion nur als Bündnisprojekt erfolgreich sein kann und es dafür noch viel mehr Austausch und Vernetzungen zwischen PolitikerInnen und Betroffenen-Organisationen geben muss. Es wurde auch deutlich, dass wir als LINKE sehr behutsam sowohl mit dem Begriff 'Inklusion' wie auch mit damit verbundenen Forderungen umgehen müssen. Insbesondere sollten wir uns vor Augen halten, dass richtige Inklusion im falschen System weder von den herrschenden Parteien erwünscht noch in unserem Sinne umsetzbar ist.

Die Anerkennung von Behinderungen ist restriktiver geworden. DIE LINKE tritt dafür ein, diesen Missstand abzustellen.

### **DIE LINKE setzt sich auch auf der Kreisebene für ein Umdenken in der Drogenpolitik und die Stärkung der Suchtprävention ein**

Die heutige Repressionspolitik ist gescheitert, sie hat es weder geschafft das Drogenangebot, noch die Nachfrage danach zu reduzieren. Die aktuelle Politik ist aber verantwortlich für eine Vielzahl von negativen Begleiterscheinungen: Diskriminierung und Kriminalisierung von Konsumenten, sozialer Abstieg von Abhängigen, Stärkung der organisierten Kriminalität, zusätzliche Gesundheitsrisiken für Konsumierende aufgrund von Streckmitteln und sehr hohe Ausgaben für die Strafverfolgung.

Deswegen fordert DIE LINKE die Beendigung der Repression gegenüber Konsumenten. Gleichzeitig setzt sie sich ein für die Entwicklung wirksamer Präventionsansätze, für Maßnahmen der Schadensreduktion, sowie die Förderung von Konsumkompetenz.

(Beschlossen durch den Kreisparteitag am 9. März 2014)

[www.die-linke-kreis-soest.de](http://www.die-linke-kreis-soest.de)

DIE LINKE. Kreisverband Soest, Ulricherstraße 39, 59494 Soest  
V. i. S. d. P. Manfred Weretecki (Kreisvorsitzender), Redderweg 7, 59581 Warstein